Schutz vor Stalking: Gesetzesverschiebung geplant

Berlin. Mit einer Verschärfung des Gesetzes sollte Stalking in Zukunft besser bekämpft werden. Das Bundesjustizministerium gab am Dienstag bekannt, dass ein entsprechender Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs veröffentlicht wurde, und Staaten und Verbände könnten dies bis zum 1. März kommentieren. „Für die Betroffenen ist Stalking oft schrecklicher psychologischer Terror“ mit traumatischen Folgen, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht. Der SPD-Politiker betonte: „Ich möchte die Betroffenen besser schützen. Weitere Stalking-Fälle müssen vor Gericht gebracht werden, und die Täter müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.“ Beispiele für Stalking sind nach Angaben des Ministeriums Anrufe oder Nachrichten zu jeder Tages- und Nachtzeit, Verfolgung …

Berlin. Mit einer Verschärfung des Gesetzes sollte Stalking in Zukunft besser bekämpft werden. Das Bundesjustizministerium gab am Dienstag bekannt, dass ein entsprechender Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs veröffentlicht wurde, und Staaten und Verbände könnten dies bis zum 1. März kommentieren. „Für die Betroffenen ist Stalking oft schrecklicher psychologischer Terror - mit traumatischen Folgen.“ sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht. Der SPD-Politiker betonte: „Ich möchte die Betroffenen besser schützen. Weitere Stalking-Fälle müssen vor Gericht gebracht werden, und die Täter müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.“

Beispiele für Stalking sind nach Angaben des Ministeriums Anrufe oder Nachrichten zu jeder Tages- und Nachtzeit, Verfolgung und Überfall vor dem Haus oder am Arbeitsplatz, gefälschte Profile auf einzelnen Portalen, Bestellungen von Waren unter den Namen der Opfer, Beleidigungen, Drohungen und Zwang. Stalking richtet sich hauptsächlich gegen Frauen. Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge würden elf Prozent der Bevölkerung mindestens einmal in ihrem Leben Stalkern zum Opfer fallen.

Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder Geldstrafe

Gegenwärtig muss ein „anhaltendes“ Postproduktionsverhalten nachgewiesen werden, das das Leben des Opfers „ernsthaft“ beeinflussen kann. Nach dem Entwurf sind diese Hürden abzubauen. Im Gesetzestext sollte das Wort „hartnäckig“ durch „wiederholt“ ersetzt werden, das Wort „ernst“ durch „nicht unbedeutend“. Darüber hinaus sollten Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren oder Geldstrafen verhängt werden – gemäß einer neuen Regelung für besonders schwere Fälle kann eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren ausgesprochen werden.

„Stalker verfolgen, belästigen und bedrohen Menschen oft Tag und Nacht und für lange Zeit. Die Angriffe reichen bis zu körperlicher und sexualisierter Gewalt“, erklärte der Minister. Forschung, Einschüchterung und Diffamierung online und über Apps sollten ebenfalls als digitales Stalking unter Strafe gestellt werden.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de